Deutscher Bundestag **Drucksache 19/5949**

19. Wahlperiode 22.11.2018

Vorabfassung - wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

Unterrichtung

durch die Delegation des Deutschen Bundestages in der Ostseeparlamentarierkonferenz

27. Jahrestagung der Ostseeparlamentarierkonferenz vom 26. bis 28. August 2018 in Mariehamn, Åland-Inseln

Inhaltsverzeichnis

		Seite
1.	**Ablauf der Konferenz**	2
2.	**Konferenzeröffnung**	2
3.	**Erster Sitzungsabschnitt: „Zusammenarbeit in der Ostseeregion“**	2
4.	**Zweiter Sitzungsabschnitt: „Die Vision einer intakten Ostsee – ein Aufruf zu verstärktem Handeln“**	4
5.	**Dritter Sitzungsabschnitt: „Nachhaltige Energie und intelligente Verteilungssysteme“**	4
6.	**Abschluss der Konferenz**	4
7.	**Konferenzresolution**	5

Vorabfassung - wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

1. Ablauf der Konferenz

Die 27. Jahrestagung der Ostseeparlamentarierkonferenz (*Baltic Sea Parliamentary Conference, BSPC*) fand auf Einladung des Parlaments der Åland-Inseln vom 26. bis 28. August 2018 in Mariehamn statt. Der Delegation des Deutschen Bundestages gehörten folgende Mitglieder an:

Abgeordneter **Johannes Schraps** (SPD), Delegationsleiter
Abgeordneter **Peter Stein** (CDU/CSU), stellv. Delegationsleiter
Abgeordnete **Petra Nicolaisen** (CDU/CSU)
Abgeordneter **Enrico Komning** (AfD)

Das Thema der 27. Jahrestagung der Ostseeparlamentarierkonferenz lautete „Die Ostsee – unsere Lebenslinie. Zusammenarbeit, Nachhaltigkeit und intelligente Energie“. Zunächst befassten sich die Delegierten allgemein mit der Zusammenarbeit in der Ostseeregion. Die weiteren Sitzungsabschnitte waren den zwei Themenschwerpunkten der Konferenz „Die Vision einer intakten Ostsee – ein Aufruf zu verstärktem Handeln“ und „Nachhaltige Energie und intelligente Verteilungssysteme“ gewidmet. Zudem wurde der Zwischenbericht der Arbeitsgruppe „Migration und Integration“ vorgestellt.

Vor Beginn der Jahrestagung hatte der Leiter der Delegation des Deutschen Bundestages in der BSPC, Abg. **Johannes Schraps**, gemeinsam mit der Präsidentin der Hamburgischen Bürgerschaft, **Carola Veit**, zu einer Sitzung der deutschen Delegationen eingeladen, an der neben der Delegation des Deutschen Bundestages auch die Delegationen aus Bremen, Hamburg, Mecklenburg-Vorpommern und Schleswig-Holstein teilnahmen. Die gemeinsame Sitzung fand wie in den Vorjahren statt, um den deutschen Delegationen vor Konferenzbeginn einen Austausch über die Positionen der einzelnen Delegationen zu ermöglichen, die Konferenz vorzubereiten und über strittige Punkte im Resolutionsentwurf zu diskutieren.

In der Sitzung des Ständigen Ausschusses, der am 26. August 2018 tagte, wurden ebenfalls der Konferenzablauf und der Resolutionsentwurf besprochen.

Am letzten Tag der 27. Jahrestagung der BSPC verabschiedeten die Teilnehmer gemäß der Geschäftsordnung der BSPC im Konsens eine Resolution, die sich mit den Themen Nachhaltigkeit, Umweltschutz, Energieversorgung und intelligente Energiesysteme befasst (siehe Punkt 7.). Sie war zuvor im Redaktionsausschuss der Konferenz erarbeitet worden.

2. Konferenzeröffnung

Zu Beginn der Konferenz begrüßte Finnlands Präsident **Sauli Niinistö** die Teilnehmer der 27. Jahrestagung. Er sagte, dass vermutlich in keiner anderen Region der Welt die Zusammenarbeit so eng sei wie im Ostseeraum. Alle Anrainerstaaten einzubeziehen sei das wichtigste Ziel, das auch der Gründervater der BSPC, der damalige finnische Parlamentspräsident Kalevi Sorsa, 1991 vor Augen gehabt habe. Dieses Ziel sei nach wie vor gültig. Er betonte, dass auch seitens der Europäischen Union ein besonderes Augenmerk auf die Ostsee als Makroregion gerichtet werde. Dies werde für die finnische Ratspräsidentschaft im kommenden Jahr eine große Rolle spielen, zumal die Ostsee in keinem guten Zustand sei. Dieses Problem könne nicht den folgenden Generationen überlassen werden. Finnland werde in den kommenden zwei Jahren den Vorsitz von HELCOM innehaben, der zwischenstaatlichen Kommission, die sich für den Schutz der Meeresumwelt im Ostseeraum einsetzt, und sich insbesondere auch diesem Problem widmen.

3. Erster Sitzungsabschnitt: „Zusammenarbeit in der Ostseeregion“

Im ersten von vier Sitzungsabschnitten befassten sich die Delegierten zunächst allgemein mit der Zusammenarbeit in der Ostseeregion. Hans Olsson, Schweden, und Juris Bone, Lettland, beide Mitglieder im Komitee der Hohen Beamten des Ostseerates, stellten die Ergebnisse des vergangenen schwedischen Vorsitzes bzw. die Pläne des amtierenden lettischen Vorsitzes im Ostseerat vor. Olsson sagte, Schweden hätte seine drei Hauptziele für den Ostseerat – Nachhaltigkeit, Kontinuität und Anpassungsfähigkeit – im vergangenen Jahr entschieden verfolgt. Mit der Verabschiedung der Erklärung von Stockholm und der „Roadmap for Reform“ seien die Wei-chen gestellt, um den Ostseerat handlungsfähiger zu machen. Bone erklärte, die Schwerpunkte der lettischen Präsidentschaft lägen darin, diese Handlungsfähigkeit unter Beweis zu stellen. Sein Land wolle die Themen soziale Sicherheit, Dialog und Verantwortung in den Mittelpunkt stellen sowie die Zusammenarbeit mit Belarus. Das Land sei als Nachbar verschiedener Ostseeanrainer ein wichtiger Partner.

Die Vize-Vorsitzende der BSPC und Präsidentin der Hamburgischen Bürgerschaft, **Carola Veit**, stellte die Auswertung zweier Wissenschaftler der Stiftung Wissenschaft und Politik vor. Sie waren von der BSPC damit beauftragt worden zu untersuchen, wie aussagekräftig die Reaktionen der Regierungen auf die Fragen bezüglich der Implementierung der BSPC-Resolutionen sind. Danach hätten 14 Regierungen auf die Anfragen aus den Parlamenten reagiert. Dies zeige wie auch in den Vorjahren, dass die Beantwortung der Fragen ernst genommen werde und dadurch die parlamentarische Dimension in der Ostseeregion gestärkt werde. Zudem seien einige Regierungen der Aufforderung nachgekommen, verstärkt die transnationale Kooperation im Ostseeraum darzustellen und einen Ausblick auf künftige Projekte zu geben, statt nur zurückzublicken. Für die kommenden Jahre regten die Wissenschaftler an, über den Vorschlag der finnischen Regierung nachzudenken, den Regierungen mehr Zeit für die Beantwortung zu geben, sodass unter Umständen detaillierter zur Implementierung der jeweiligen BSPC-Resolution Stellung genommen werden könne.

Mit der Resolution im vergangenen Jahr war auch beschlossen worden, eine Arbeitsgruppe zum Thema Migration und Integration einzusetzen. Der schwedische Abgeordnete **Hans Wallmark** stellte als Vorsitzender deren Zwischenbericht vor, der vor allem darlegt, womit sich die Arbeitsgruppe seit ihrer Einsetzung in Hamburg im September 2017 beschäftigt hat. So sei unter anderem ein Fragenkatalog beschlossen worden, der bis Mai 2018 von den Parlamenten und Regierungen der in der Arbeitsgruppe vertretenen Parlamente beantwortet wurde. Diese Datensammlung sollte als Grundlage dienen, um sich einen Überblick darüber zu verschaffen, mit welchen Verfahren etwa bei der Betreuung von unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen welche Länder gute bzw. schlechte Erfahrungen gemacht haben, um so voneinander zu lernen. Ziel für das kommende Jahr, in dem mindestens zwei weitere Treffen der Arbeitsgruppe stattfinden sollen, sei ein strategischer Bericht, der als Handlungsempfehlung dienen könne.

Auf Einladung der Gastgeber sprach die frühere finnische Abgeordnete **Christina Gestrin** zur Zusammenarbeit in der Ostseeregion mit Blick auf den Umweltschutz. Diese habe sich in den vergangenen 40 Jahren positiv entwickelt. Nach dem Ende des Kalten Krieges hätten die nordischen Länder die Kooperation mit den baltischen Staaten und Russland ausgebaut. Diese Entwicklung habe mit der Annexion der Krim allerdings ein jähes Ende gefunden. Denn die daraufhin verhängten Sanktionen der EU hätten auch Konsequenzen für die Zusammenarbeit in der Regionalpolitik der Nördlichen Dimension, insbesondere auch mit Blick auf den Umweltschutz (Northern dimension environmental partnership). Eine Finanzierung von Projekten in und mit Russland seitens der EU sei momentan nicht möglich, und dies sei von großem Nachteil für die Ostsee. Sie plädierte deshalb dafür, bei der Finanzierung von Projekten, die dem Schutz der Ostsee dienten, eine Ausnahme von den Sanktionen zuzulassen. Die russische Abgeordnete **Valentina Pivnenko** griff diesen Punkt nicht auf, sondern wies den Vorwurf der Annexion der Krim vehement zurück. Die Krim habe immer schon zu Russland gehört. Von einer Annexion könne daher keine Rede sein. Dass Christina Gestrin ihren Bericht nutze, um diesen Vorwurf zu wiederholen, verurteile ihre Delegation auf das Schärfste. Im Verlauf der Tagung gab es vereinzelt Bezugnahme auf den Disput. So wies etwa Abg. **Johannes Schraps** darauf hin, dass ein respektvoller Umgang die Grundlage für eine gute Zusammenarbeit sei. Offensichtlich gebe es verschiedene Betrachtungsweisen ein und desselben Ereignisses. Die BSPC sei ein Forum, um auch darüber zu diskutieren. Dies sei die Verantwortung der versammelten Parlamentarier.

Der im vergangenen Jahr aus dem Deutschen Bundestag ausgeschiedene Abg. **Franz Thönnes** berichtete als ehemaliger BSPC-Berichterstatter für Arbeit, soziale Wohlfahrt und das Baltic Sea Labour Forum über die Entwicklungen seit 2011, als das Baltic Sea Labour Forum (BSLF) gegründet wurde. Dies gehe auf die Anstrengungen der BSPC zurück. Mit dem BSLF sei ein einzigartiges Forum für sozialen Dialog geschaffen worden, in dem sich elf Arbeitgeberorganisationen und 17 Gewerkschaften mit Themen wie Arbeitnehmermobilität, Grenzpendelverkehr, Jugendarbeitslosigkeit und sozialer Sicherheit befassten. Dem stimmte sein Nachfolger als Berichterstatter für das BSLF, der schwedische Abg. **Pyry Niemi** zu.

Im Anschluss gaben auch die anderen BSPC-Berichterstatter einen Einblick in ihre Arbeit und Themenschwerpunkte: BSPC-Präsident **Jörgen Pettersson** (Åland-Inseln) und **Jochen Schulte** (Mecklenburg-Vorpommern), beide Berichterstatter für maritime Politik, erörterten die Entwicklungen in der autonomen Schifffahrt; **Karin Gaardsted** (Dänemark), Berichterstatterin für Kultur, stellte ihre Umfrage zur Bedeutung von E-Sport im Ostseeraum vor; **Sara Kemetter** (Finnland), Berichterstatterin für nachhaltigen Tourismus, thematisierte die Verschmutzung der Ostsee und den Müll im Meer.

Vorabfassung - wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

4. Zweiter Sitzungsabschnitt: „Die Vision einer intakten Ostsee – ein Aufruf zu verstärktem Handeln“

Im zweiten Sitzungsabschnitt unter der Überschrift „Die Vision einer intakten Ostsee – ein Aufruf zu verstärktem Handeln“ sprach unter anderem **Ottilia Thoreson**, Direktorin des Ostsee-Ökoregion-Programms des World Wildlife Fund. Sie kritisierte, dass alle Regierungen weit hinter den Zielen des Baltic Sea Action Plan von HELCOM zurücklägen und das erklärte Ziel, den ökologischen Zustand der Ostsee bis zum Jahr 2021 deutlich zu verbessern, kaum noch zu erreichen sei. Dabei würden die Probleme immer gewaltiger, umso länger nicht entschieden gehandelt werde.

In einer anschließenden Podiumsdiskussion unter dem Motto *„How to make the Baltic Sea great again?“* gestanden sowohl der finnische Minister für Umwelt, Energie und Wohnen, **Kimmo Tiilikainen**, als auch die stellv. Ministerpräsidentin der Åland-Inseln, **Camilla Gunell**, ein, dass noch viel zu tun sein. Als ein Hauptproblem identifizierten beide die Tatsache, dass der Umweltschutz der Ostssee viele verschiedene Politikbereiche betreffe und es zudem viele Initiativen gebe, die teilweise nicht hinreichend koordiniert würden.

5. Dritter Sitzungsabschnitt: „Nachhaltige Energie und intelligente Verteilungssysteme“

Unter der Überschrift „Nachhaltige Energie und intelligente Verteilungssysteme“ stellte **Berndt Schalin**, Berater der Regierung der Åland-Inseln, das Vorhaben vor, die Åland-Inseln bis zum Jahr 2050 so aufzustellen, dass sie ohne fossile Energieträger auskommen. Die größten Probleme dabei seien, dass die Sonne im Winter nur kurz scheine und trotz der Insellage auch der Wind nicht immer verlässlich wehe. Entscheidend sei deshalb die Speicherung von Energie. Er kündigte an, die BSPC über den Fortgang der Entwicklungen auf dem Laufenden zu halten.

6. Abschluss der Konferenz

Zum Abschluss der Konferenz verabschiedete das Plenum im Konsens die Resolution. Diese war zuvor im Redaktionsausschuss erarbeitet worden. Insgesamt hatten 24 Änderungsanträge vorgelegen. Die Anträge, die von den Bundestagsabgeordneten etwa zu den Themen Plastikmüll, Umweltschutz und wirtschaftliches Wachstum im Ostseeraum eingebracht worden waren, wurden allesamt übernommen.

Gefordert wird mit der Resolution, die nach der Jahrestagung traditionell an die Regierungen der Mitgliedstaaten übermittelt wird, unter anderem, die Politik der Nördlichen Dimension, die EU-Strategie für den Ostseeraum und die russische Strategie für die soziale und wirtschaftliche Entwicklung des Föderalen Distrikts Nordwest stärker miteinander zu verzahnen. Zudem werden die Regierungen aufgefordert, im Bereich von Arbeit und Beschäftigung in der Ostseeregion die Arbeit der „Ostseerats/BSLF-Koordinierungsgruppe zu Arbeit und Beschäftigung“ zu unterstützen. Diese konzentriert sich auf die neuen Qualifikationen, die für künftige Arbeitsmodelle erforderlich sind und will die Ausbildung und den Bedarf des Arbeitsmarktes, das lebenslange Lernen sowie umfassende Arbeitsmarktprognosen und -forschungen unter Einbeziehung der demografischen Herausforderungen miteinander verknüpfen. Bezogen auf das Thema Energie fordert die Resolution, die grenzüberschreitenden Übertragungsverbindungen durch den Bau und die Ausweitung reibungsloser Stromnetze zu verbessern und effizient zu nutzen. So sollen in den neuen Energiemärkten und bei den neuen Formen von Energiedienstleistungen und -erzeugnissen besser erneuerbare Energien integriert werden können.

Am Ende der Konferenz wurde der Abgeordnete **Jorodd Asphjell** aus Norwegen zum neuen BSPC-Vorsitzenden gewählt. Er stellte das Arbeitsprogramm der BSPC bis zum August 2019 vor. Danach wird sich die BSPC unter seinem Vorsitz im kommenden Jahr neben dem Thema „Migration und Integration“ mit den Themen „friedliche Nachbarschaft und enge Kooperation auf der Grundlage demokratischer Werte, von Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechten und gleicher Möglichkeiten für alle Menschen“, „Die Zukunft des Arbeitslebens: Digitalisierung, Integration und Arbeitsmobilität“ und „Der Ostseeraum als Vorbild bei der Erreichung der nachhaltigen Entwicklungsziele der Vereinten Nationen vor dem Jahr 2030“ befassen.

Er lud im Namen des norwegischen Parlamentes außerdem zur 28. Jahrestagung der BSPC ein, die vom 25. bis 27. August 2019 in Oslo stattfinden soll.

Berlin, den 12. Oktober 2018

Johannes Schraps
Delegationsleiter

Vorabfassung - wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

7. Konferenzresolution

angenommen von der 27. Ostseeparlamentarierkonferenz (BSPC)

Die Teilnehmer, die gewählten Vertreter der Staaten der Ostseeregion*, die vom 26. bis 28. August 2018 in Mariehamn (Åland-Inseln) zusammengekommen sind,

– bekunden erneut ihre Erwartung, dass alle Ostseeanrainerstaaten sich nach Kräften bemühen, dass die Ostseeregion weiterhin eine Region der friedlichen und engen Nachbarschaft und der intensiven Zusammenarbeit auf der Grundlage demokratischer Werte, der Rechtsstaatlichkeit, der Menschenrechte und der Chancengleichheit für alle bleibt. Zu diesem Zweck werden sie alle Chancen des parlamentarischen, behördlichen und gesellschaftlichen Austauschs und des demokratischen Dialogs zwischen Nachbarn wahrnehmen. Aus diesem Grund begrüßen sie die Stockholmer Erklärung des Ostseerates und insbesondere den Reformfahrplan. Sie begrüßen ferner die Wiederaufnahme der Außenministertreffen des Ostseerates, unter anderem unter schwedischer Präsidentschaft, fordern aber zusätzlich die Wiederaufnahme der Gipfeltreffen der Ostseeanrainerstaaten. Dies wird den Dialog fördern, die Zusammenarbeit stärken und sich in Form von Frieden manifestieren;

– begrüßen die umfassenden Umsetzungserklärungen und Berichte der Regierungen der Ostseeregion zu der Entschließung der 26. BSPC und die bei der Umsetzung der Handlungsaufforderungen der BSPC erzielten Fortschritte;

– begrüßen die Bemühungen der schwedischen Ostseeratspräsidentschaft 2017/2018, die regionale Zusammenarbeit in der Ostsee kohärenter zu gestalten, nehmen die Fortschritte des Ostseerates – ausgehend von den Prioritäten Nachhaltigkeit, Kontinuität und Anpassungsfähigkeit im Rahmen der VN-Ziele für 2030 – zur Kenntnis, und anerkennen die Leistungen in den Bereichen nachhaltige Entwicklung, Jugend, Bekämpfung des Menschenhandels, Kinderschutz und Bevölkerungsschutz;

– bestärken die lettische Ostseeratspräsidentschaft 2018/2019 darin, die Bemühungen im Rahmen ihrer drei Prioritäten Integrität & gesellschaftliche Sicherheit, Dialog und Verantwortung fortzusetzen;

– teilen die Vision der „Vision Group“ des Ostseerates, dass die Ostseeregion im Bereich der Umwelt-, Wirtschafts-, Sozial- und Sicherheitsstandards und -strategien zu einem Vorzeigemodell mit einer lebendigen regionalen Zivilgesellschaft werden soll, und werden den Bericht der „Vision Group“ bei ihren weiteren Beratungen über die künftigen Entwicklungen in der Ostseeregion berücksichtigen;

– unterstreichen erneut, dass ein politischer Austausch zwischen jungen Menschen notwendig ist, und werden auf der Grundlage der Jugendprojekte der angeschlossenen Parlamente und parlamentarischen Institutionen die Einrichtung eines Ostseeparlamentarier-Jugendforums in die Wege leiten, aber ebenso auf eine engere Zusammenarbeit zwischen Jugendorganisationen in der Ostseeregion und Formaten wie „Regeneration 2030“ hinwirken und damit junge Menschen in die Beratung von Fragen, die in der BSPC zu erörtern sind, einbeziehen;

– begrüßen alle Bemühungen, um eine gesunde und saubere Ostsee zu erreichen;

– arbeiten an einer Möglichkeit, als ersten Schritt im Rahmen einer progressiven Außen- und Handelspolitik das Problem der Kunststoffabfälle auf globaler Ebene anzugehen;

– begrüßen nachdrücklich alle konkreten Maßnahmen und alle Vorschriften, um Einwegprodukte aus Kunststoff, die am häufigsten an den Stränden und in den Meeren gefunden werden, sowie Fischfanggeräte, die im Meer verloren gegangen sind oder zurückgelassen wurden, zu verbieten bzw. deren Gebrauch zu reduzieren, und wollen daran mitwirken, Verbraucher für die negativen Auswirkungen des Gebrauchs von Plastikmüll zu sensibilisieren;

– erörtern die Themen Zusammenarbeit, Vision einer gesunden Ostsee, nachhaltige Energie sowie Migration und Integration;

* Aus den Parlamenten Dänemarks, Estlands, Färoers, Finnlands, der Bundesrepublik Deutschland, der Freien und Hansestadt Bremen, der Freien und Hansestadt Hamburg, Islands, der Region Kaliningrad, der Region Leningrad, der Republik Karelien, Lettlands, Litauen, Mecklenburg-Vorpommerns, Norwegens, Polens, des Föderationsrats der Bundesversammlung der Russischen Föderation, der Staatsduma der Bundesversammlung der Russischen Föderation, der Stadt Sankt Petersburg, Schleswig-Holsteins, Schwedens, der Åland-Inseln sowie der Baltischen Versammlung, dem Nordischen Rat und Parlament der Europäischen Union

Vorabfassung - wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

fordern die Regierungen der Ostseeregion, den Ostseerat und die Europäische Union auf,

im Hinblick auf die Zusammenarbeit in der Region

1. die Politik der Nördlichen Dimension, die EU-Strategie für den Ostseeraum und die russische Strategie für die soziale und wirtschaftliche Entwicklung des Föderalen Distrikts Nordwest stärker miteinander zu verzahnen;

2. Den Umfang der länderübergreifenden Programme, die den gesamten Ostseeraum abdecken, auszuweiten, und diese Möglichkeit und die entsprechende Finanzierung formal in allen makroregionalen Strategien zu verankern, um die Beziehungen zwischen benachbarten Ländern zu verbessern;

3. die Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Migration und Integration zu verstärken und dabei alle Ostseeanrainerstaaten einzubeziehen, um ähnliche Aufgaben besser zu bewältigen;

4. Programme im Rahmen von Besuchen und multinationalen Jugendtreffen zu vertiefen mit dem Ziel, einander zu begegnen, das gegenseitige Verständnis zu fördern und Beziehungen aufzubauen;

5. Bezug nehmend auf die im Juni 2017 von den Arbeitsministerien der Ostseeratsstaaten verabschiedete Ministererklärung – im Bereich von Arbeit und Beschäftigung in der Ostseeregion aktiv die Arbeit der „Ostseerats/BSLF-Koordinierungsgruppe zu Arbeit und Beschäftigung“ (CG) zu unterstützen, die sich auf Querschnittsthemen und aktuelle Fragen konzentriert, und zwar auf die neuen Qualifikationen, die für künftige Arbeitsmodelle erforderlich sind, und ihre Verknüpfung mit der Ausbildung und dem Bedarf des Arbeitsmarktes, das lebenslange Lernen sowie umfassende Arbeitsmarktprognosen und -forschungen unter Einbeziehung der demografischen Herausforderungen; für Chancengleichheit zwischen Männern und Frauen zu sorgen;

6. sich den Herausforderungen einer alternden Bevölkerung, des sozialen Zusammenhalts und der nachhaltigen Entwicklung in der Ostseeregion durch eine verstärkte Zusammenarbeit bei Anreizen und praktischen Systemen für lebenslanges Lernen und Erwachsenenbildung, die Anpassung der Beschäftigungsbedingungen und Arbeitsplätze an ältere Menschen, Strategien zur Bekämpfung der Altersdiskriminierung, gesundheitsfördernde Maßnahmen und flexible und stufenweise Ruhestandsregelungen zu stellen;

im Hinblick auf die Vision einer gesunden Ostsee weitere Maßnahmen zu ergreifen, um

7. da die BSPC die Ministererklärung der HELCOM vom 6. März 2018 in Brüssel unterstützt und deren kritische Einschätzung des Zustands der Ostsee unter verschiedenen Gesichtspunkten teilt – die in der Ministererklärung enthaltenen Beschlüsse entschlossen umzusetzen;

8. wirksame Koordinierungsprozesse und -strategien einzuleiten, um die Umsetzungsstrategie für die Agenda für nachhaltiges blaues Wachstum in der Ostseeregion zu unterstützen;

9. die Konsultationen und die Kooperation hinsichtlich einer räumlichen Gesamtplanung für die Ostseeregion auszubauen und dabei alle Interessen und Aspekte im Zusammenhang mit der Wirtschaft (Schiffsverkehr, Fischerei, Energie, Tourismus usw.), der Umwelt und den Nachbarländern zu berücksichtigen;

10. angesichts dessen, dass je nach Land lediglich 25 bis 60 Prozent der Zielvorgaben des bis 2021 umzusetzenden HELCOM-Ostseeaktionsplans gegenwärtig auf nationaler Ebene erfüllt werden, die Anstrengungen auf nationaler und regionaler Ebene zur Festlegung geeigneter politischer Prioritäten dringend zu verstärken, um so die Zielsetzungen des Aktionsplans soweit möglich termingerecht bis 2021 zu verwirklichen;

11. regelmäßig HELCOM-Ministertreffen abzuhalten – unter Einbeziehung aller zuständigen Minister eines jeden Mitgliedstaats – und zu völkerrechtlich verbindlichen Regelungen zu gelangen – wie es bei den Maßnahmen zur Erhöhung der Sicherheit im Seeverkehr mit Beteiligung der Verkehrsminister der Fall war – und auf diese Weise das Thema saubere Ostsee stärker in die politische Debatte der einzelnen Staaten und Regionen einzubeziehen und eine verbindlichere Durchsetzung der erzielten Vereinbarungen zu erreichen;

12. gemeinsame wie auch zusätzliche nationale und regionale Nachhaltigkeitsstrategien zur Erreichung der Ziele der VN-Agenda 2030 zu entwickeln bzw. weiter auszubauen und die Vision einer sauberen, von Meeresabfällen freien Ostsee bei gleichzeitiger Förderung nachhaltiger Landbewirtschaftungsmethoden, eines nachhaltigeren Schiffsverkehrs und der Bekämpfung von Eutrophierung und Unterwasserlärm zu verwirklichen;

13. die von den Vereinten Nationen ausgerufene „Dekade der Meeresforschung für Nachhaltige Entwicklung“ von 2021 bis 2030 vorzubereiten und mitzugestalten, um so das Ziel eines „Ocean we need for the future we want“ zu erreichen;

Vorabfassung - wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

14. das Verhältnis zwischen den VN-Zielen für eine nachhaltige Entwicklung und den Menschenrechten weiter zu stärken und dabei ihre enge Verknüpfung und wechselseitige Stärkung anzuerkennen;

15. Präventivmaßnahmen wie auch Sofortmaßnahmen zu ergreifen, um die Abwasserqualität zu verbessern und unbehandelte Einleitungen umgehend zu beenden, und entschlossen eine Säuberung des stark verschmutzten Meeres in Angriff zu nehmen;

16. gegen die besorgniserregende Menge an Kunststoffen und Mikroplastik in den Meeren dringend wirksam vorzugehen; die Vorschriften zur Reduzierung bzw. zum Verbot von Einwegkunststoffen zu unterstützen und schnellstmöglich umzusetzen; die Öffentlichkeit für die Verschmutzung durch Mikroplastik im gesamten Ökosystem der Ostsee zu sensibilisieren und den Verbrauchern nahezulegen, Körperpflegemittel, die primäres Mikroplastik enthalten, zu vermeiden;

im Hinblick auf nachhaltige Energie und intelligente Plattformen für die Energieverteilung

17. die grenzüberschreitenden Übertragungsverbindungen durch den Bau und die Ausweitung reibungsloser Stromnetze zu verbessern und effizient zu nutzen, damit in den neuen Energiemärkten und bei den neuen Formen von Energiedienstleistungen und -erzeugnissen besser erneuerbare Energien integriert werden können, sowie auch Unterseeverbindungen zur Integration der Netze zu nutzen;

im Hinblick auf Migration und Integration

18. die objektiv bestehenden Unterschiede im politischen System sowie auch bei den historischen und kulturellen Erfahrungen aufgrund der Narben des Zweiten Weltkriegs anzuerkennen, die Beratungen und Überlegungen über Flucht und Migration fortzusetzen und bewährte Methoden zur Sensibilisierung unserer Gesellschaften auszutauschen;

19. einen den gesamten Ostseeraum erfassenden Datenbestand zu den Integrationsbedingungen anzulegen und Maßnahmen für eine stärker faktenbasierte öffentliche Diskussion in die Wege zu leiten;

20. den Dialog zu Migration und Integration zwischen den Ostseeanrainerstaaten zu intensivieren;

21. das Angebot von migrationsspezifischen Beratungsleistungen und von Sprachunterricht zu steigern, um die Integrationsbemühungen zu verstärken;

22. Projekte zur Beratung und Förderung von Freiwilligen, örtlichen Einrichtungen und zivilgesellschaftlichen Organisationen, die im Integrationsbereich tätig sind, auszuweiten, und die verbindende und integrierende Rolle des Sports zu berücksichtigen;

23. Migrations- und Sicherheitsgesichtspunkte in anderen relevanten Politikbereichen wie Handel, Arbeitnehmerrechte und Umweltschutz zu berücksichtigen;

24. ganzheitliche und vielseitige Lösungen für die mit der aktuellen Flüchtlings- und Migrationspolitik verbundenen Herausforderungen zu suchen, wozu u. a. eine richtig abgestimmte Kombination aus Migrationssteuerung, humanitärer Hilfe, politischen Lösungen, europäischer und internationaler Zusammenarbeit, fairen Handelsabkommen und Entwicklungshilfe zählt;

im Hinblick auf die wirtschaftliche Entwicklung und das Wachstum in der Ostseeregion

25. die Umsetzungsstrategie für die Agenda für nachhaltiges blaues Wachstum in der Ostseeregion zu unterstützen;

26. anzuerkennen, dass die Ostsee eine äußerst wichtige Seeverkehrsachse (eine Meeresautobahn) für alle ihre Anrainer, eine Ernährungs-(Fischerei) und Energieressource (Öl, Gas, Wind und Wellen) sowie ein Erholungsgebiet für Millionen Touristen darstellt, und deshalb alle Möglichkeiten der Ostseekooperation zu nutzen, durch die sich alle Interessen und Aspekte im Zusammenhang mit der Wirtschaft, der Umwelt und den Nachbarländern regeln und berücksichtigen lassen;

27. die transeuropäischen Verkehrsnetze in der Ostseeregion weiter auszubauen und Initiativen zur Angleichung der Mautsysteme in Europa und insbesondere den Ostseeanrainerstaaten zu ergreifen, damit der See- und Schienenverkehr im Vergleich zum Lkw-Verkehr wirtschaftlicher wird;

Vorabfassung - wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

28. darauf hinzuwirken, dass die Ostsee zu einer Vorreiterregion bei der automatisierten Schifffahrt wird.

Ferner beschließt die Konferenz,

das freundliche Angebot des norwegischen Parlaments dankbar zu begrüßen, die 28. Ostseeparlamentarierkonferenz vom 25. bis 27. August 2019 in Oslo auszurichten.

Vorabfassung - wird durch die endgültige Fassung ersetzt.